

# **Bundesgesetz über die Börsen und den Effektenhandel (Börsengesetz, BEHG)**

Änderung vom

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ....<sup>1</sup>,  
beschliesst:*

I.

Das Börsengesetz vom 24. März 1995<sup>2</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 2 Bst. f*

In diesem Gesetz gelten als:

- f. Nichtbeaufsichtigte: Personen und Unternehmen, die nicht unter Artikel 3 des Finanzmarktaufsichtsgesetzes vom 22. Juni 2007<sup>3</sup> fallen.

*Art. 20 Abs. 4<sup>bis</sup>*

<sup>4bis</sup> Die FINMA kann die Ausübung des Stimmrechts der Person, die eine Beteiligung unter Verletzung der Meldepflicht erworben oder veräussert hat, für die Dauer von höchstens fünf Jahren suspendieren. Sie kann für die gleiche Dauer ein Zukaufsverbot gegen diese Person oder gegen mit ihr in gemeinsamer Absprache handelnde Personen verfügen.

*Art. 32 Abs. 7*

<sup>7</sup> Die Übernahmekommission kann die Ausübung des Stimmrechts der Person, welche die Angebotspflicht nicht beachtet, für die Dauer von höchstens fünf Jahren suspendieren. Sie kann für die gleiche Dauer ein Zukaufsverbot gegen diese Person oder gegen mit ihr in gemeinsamer Absprache handelnde Personen verfügen.

1 BB1 ...  
2 SR 954.1  
3 SR 956.1

*Gliederungstitel vor Art. 33e (neu)*

**5a. Abschnitt: *Untersagte Formen des Marktverhaltens***

*Art. 33e (neu)* Ausnützen von Insiderinformationen

Die Kenntnis einer vertraulichen Information des Emittenten, deren Bekanntwerden geeignet ist, den Kurs von in der Schweiz kotierten Effekten oder von daraus abgeleiteten Finanzinstrumenten erheblich zu beeinflussen (Insiderinformation), darf nicht dazu genützt werden, sich oder anderen einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

*Art. 33f (neu)* Kursmanipulationen

Unzulässig handelt, wer in der Absicht, den Kurs von in der Schweiz börslich gehandelten Effekten erheblich zu beeinflussen, um daraus für sich oder für Dritte einen Vermögensvorteil zu erzielen:

- a. wider besseren Wissens irreführende Informationen verbreitet; oder
- b. Käufe und Verkäufe solcher Effekten tätigt, die beidseitig direkt oder indirekt auf Rechnung derselben Person oder zu diesem Zweck verbundener Personen erfolgen.

Variante A

*Art. 33g (neu)* Weitere untersagte Marktverhalten

<sup>1</sup> Unzulässig handelt, wer in der Absicht, die Marktteilnehmer zu täuschen, Transaktionen vornimmt.

<sup>2</sup> Die FINMA wird ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, insbesondere um zulässige von unzulässigen Transaktionen abzugrenzen.

Variante B

*Art. 33g (neu)* Weitere untersagte Marktverhalten

Unzulässig handelt, wer:

- a. in der Absicht Handelsvolumen vorzutauschen, Effekten beidseitig direkt oder indirekt auf Rechnung derselben Person kauft und verkauft;
- b. eine bestimmte Effekte oder darauf bezogene derivative Finanzinstrumente besitzt oder über entsprechende Short-Positionen verfügt und den Kauf oder Verkauf dieser Effekten in der Absicht, einen Vermögensvorteil zu erzielen, öffentlich empfiehlt, ohne zuvor oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dieser Empfehlung in gleicher Weise bekannt gemacht zu haben, dass er diese Effekte oder die darauf bezogenen derivativen Finanzinstrumente selbst besitzt oder über entsprechende Short-Positionen verfügt (Scalping);

- c. Effektendepots verwaltet und vertrauliche Kundenaufträge dazu ausnützt, eigene Geschäfte zu tätigen, in der Absicht, einen Vermögensvorteil zu erzielen (Front- und Parallelrunning).

*Gliederungstitel vor Art. 33h (neu)*

**5b. Abschnitt: Verfahren gegen Nichtbeaufsichtigte**

*Art. 33h (neu) Zuständigkeit und Verfahren*

<sup>1</sup> Verstossen Nichtbeaufsichtigte gegen Artikel 20, 33e, 33f oder 33g, so kann die FINMA gegen diese Nichtbeaufsichtigten ein Verfahren eröffnen.

<sup>2</sup> Ergeben sich Anhaltspunkte für eine Verletzung der Artikel 20, 33e, 33f oder 33g und eröffnet die FINMA ein Verfahren, so zeigt sie dies den Parteien an.

<sup>3</sup> Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1968<sup>4</sup> über das Verwaltungsverfahren.

*Art. 33i (neu) Auskunftspflicht*

Nichtbeaufsichtigte, gegen die ein Verfahren eröffnet wurde, ihre Revisionsstellen sowie Personen und Unternehmen, die massgebend an Nichtbeaufsichtigten beteiligt sind, müssen der FINMA alle Auskünfte erteilen und alle Unterlagen herausgeben, die diese für die Durchführung des Verfahrens benötigt.

*Art. 33j (neu) Feststellungsverfügung*

Ergibt das Verfahren, dass Nichtbeaufsichtigte eine oder mehrere Bestimmungen nach den Artikeln 20, 33e, 33f und 33g verletzt haben, so kann die FINMA eine Feststellungsverfügung erlassen.

*Art. 33k (neu) Veröffentlichung der aufsichtsrechtlichen Verfügung*

<sup>1</sup> Liegt eine schwere Verletzung einer oder mehrerer Bestimmungen nach den Artikeln 20, 33e, 33f und 33g vor, so kann die FINMA ihre Endverfügung nach Eintritt der Rechtskraft unter Angabe von Personendaten in elektronischer oder gedruckter Form veröffentlichen.

<sup>2</sup> Die Veröffentlichung ist in der Verfügung selber anzuordnen.

*Art. 33l (neu) Einziehung*

<sup>1</sup> Die FINMA kann den Gewinn einziehen, den Nichtbeaufsichtigte durch eine Verletzung einer oder mehrerer Bestimmungen nach den Artikeln 20, 33e, 33f und 33g erzielt haben.

<sup>4</sup> SR 172.021

<sup>2</sup> Diese Regelung gilt sinngemäss, wenn durch eine solche Verletzung ein Verlust vermieden wurde.

<sup>3</sup> Lässt sich der Umfang der einzuziehenden Vermögenswerte nicht oder nur mit unverhältnismässigem Aufwand ermitteln, so kann die FINMA ihn schätzen.

<sup>4</sup> Das Recht zur Einziehung verjährt nach sieben Jahren.

<sup>5</sup> Die strafrechtliche Einziehung nach den Artikeln 70–72 des Strafgesetzbuches<sup>5</sup> geht der Einziehung nach dieser Bestimmung vor.

<sup>6</sup> Die eingezogenen Vermögenswerte stehen dem Bund zu, soweit sie nicht Geschädigten ausbezahlt werden.

#### *Art. 33m (neu) Rechtsschutz*

<sup>1</sup> Die Anfechtung von Verfügungen der FINMA richtet sich nach den Bestimmungen über die Bundesrechtspflege.

<sup>2</sup> Die FINMA ist zur Beschwerde an das Bundesgericht berechtigt.

#### *Art. 41 Abs. 1-3*

<sup>1</sup> Mit Busse bis zu 500 000 Franken wird bestraft, wer vorsätzlich:

- a. seine qualifizierte Beteiligung an einer kotierten Gesellschaft nicht meldet (Art. 20);
- b. als Inhaber einer qualifizierten Beteiligung an einer Zielgesellschaft den Erwerb oder Verkauf von Beteiligungspapieren dieser Gesellschaft nicht meldet (Art. 31).

#### <sup>2</sup> *Aufgehoben*

<sup>3</sup> Wer fahrlässig handelt, wird mit Busse bis zu 150 000 Franken bestraft.

#### *Art. 44a (neu) Ausnützen von Insiderinformationen*

<sup>1</sup> Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer als Organ oder Mitglied eines Leitungs- oder Aufsichtsorgans eines Emittenten oder einer den Emittenten beherrschenden oder von ihm beherrschten Gesellschaft oder als eine Person, die bestimmungsgemäss aufgrund ihrer Beteiligung oder aufgrund ihrer Tätigkeit Zugang zu Insiderinformationen (Art. 33e) hat:

- a. Insiderinformationen dazu ausnützt, sich mit dem Erwerb oder der Veräusserung in der Schweiz kotierter Effekten oder dem Einsatz daraus abgeleiteter Finanzinstrumente einen Vermögensvorteil zu verschaffen;
- b. Insiderinformationen unbefugt einem anderen mitteilt; oder
- c. aufgrund von Insiderinformationen einem anderen eine Empfehlung zum Erwerb oder zur Veräusserung von Effekten oder zum Einsatz von daraus abgeleiteten Finanzinstrumenten abgibt.

<sup>5</sup> Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0).

<sup>2</sup> Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer im Sinne von Absatz 1 einen erheblichen Vermögensvorteil erzielt.

<sup>3</sup> Mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil verschafft, indem er eine Insiderinformation, die ihm von einer Person nach Absatz 1 mitgeteilt wurde oder die er sich durch ein Verbrechen oder Vergehen verschafft hat, dazu ausnützt, Effekten zu erwerben oder zu veräussern oder daraus abgeleitete Finanzinstrumente einzusetzen.

<sup>4</sup> Mit Busse wird bestraft, wer nicht zu den Personen nach den Absätzen 1-3 gehört und sich oder einem anderen einen Vermögensvorteil verschafft, indem er eine Insiderinformation dazu ausnützt, Effekten zu erwerben oder zu veräussern oder daraus abgeleitete Finanzinstrumente einzusetzen.

<sup>5</sup> Die Information, die diejenige Person erhält, die eine Transaktion im Auftrag einer anderen Person ausführt, gilt nicht als Insiderinformation.

#### *Art. 44b (neu) Kursmanipulation*

<sup>1</sup> Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer eine Kursmanipulation (Art. 33f) begeht.

<sup>2</sup> Wer mit der Kursmanipulation einen erheblichen Vermögensvorteil erzielt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft.

#### *Art. 44c (neu) Zuständigkeit*

<sup>1</sup> Verfolgung und Beurteilung der Handlungen nach den Artikeln 41, 44a und 44b unterstehen der Bundesgerichtsbarkeit.

<sup>2</sup> In einfachen Fällen kann die Bundesanwaltschaft eine Strafsache den kantonalen Behörden zur Verfolgung und Beurteilung übertragen.

#### *Art. 51*

*Aufgehoben*

## II

Das Strafgesetzbuch<sup>6</sup> wird wie folgt geändert:

#### *Art. 161 und 161<sup>bis</sup>*

*Aufgehoben*

## III

<sup>1</sup> Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

<sup>6</sup> SR 311.0.

<sup>2</sup> Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

